

Drittes Alumni-Treffen der Trierer Politikwissenschaft 2007

Spätestens mit der dritten Zusammenkunft ehemaliger Studenten und Studentinnen der Trierer Politikwissenschaft ist das Alumni-Treffen zu einer festen Institution der Universität Trier geworden. Die Veranstaltung fand vom 16. bis zum 17. Februar 2007 statt und behielt grundsätzlich das Format der vergangenen Jahre bei. Für den diesjährigen Festvortrag konnte Dr. Theo Sommer gewonnen werden, der zum Thema "Neue Weltordnung - Neue Weltunordnung. Deutschland im Mächtemuster des 21. Jahrhunderts" vortrug. Theo Sommer war nicht nur Chefredakteur (1973-1992) und Herausgeber (1992-2000) der Wochenzeitung "Die Zeit", sondern kann auch auf umfassende Erfahrungen in der Politik zurückblicken. So diente er Helmut Schmidt von 1969 bis 1970 als Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium.



In seinem Vortrag ging Sommer zunächst auf aktuelle Fragen amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik ein, um diese dann mit sehr grundsätzlichen, an realistischen Annahmen zur Staatenwelt ausgerichteten Ideen zu verbinden. Institutionen spielten in seinen Überlegungen zum künftigen "Mächtemuster" nur eine untergeordnete Rolle. So zeigte er für die UNO zwar große Sympathie, sah ihren Einfluss aber als sehr begrenzt an.

Die Washingtoner Außenpolitik diskutierte Sommer vor allem vor dem Hintergrund des Irak-Krieges. Der Einsatz amerikanischer Streitkräfte an Euphrat und Tigris habe die "gestalterische Ohnmacht der USA" offenbart. Die Bush-Administration müsse mittlerweile einsehen, dass sie zwar einen Krieg, mit ihrem derzeitigen Auftreten jedoch nicht den Frieden gewinnen könne. Sommer attestierte Washington, über eine Machtfülle zu verfügen, wie sie seit dem Römischen Reich kein anderer Akteur mehr innehatte. Dennoch habe der Irak-Krieg gezeigt, dass die USA andere Regionen der Welt nicht nach Belieben umgestalten könnten.

Die unipolare Phase, die nach dem Ende der Bipolarität des Ost-West-Konflikts begonnen hatte, sei damit vorbei. Gegenwärtig könne man von "Apolarität" oder "Weltunordnung" sprechen, um die herrschenden Verhältnisse zu charakterisieren. Diese seien gekennzeichnet durch verschiedene, parallele Entwicklungen, zu denen Prozesse der Demokratisierung, des Kampfes der Kulturen und des Zerfalls der Nationen gehörten. Insgesamt steuere die Menschheit auf ein neues, multipolares Machtsystem zu, das von sechs Akteuren getragen werde: Den USA, der Europäischen Union (EU), China, Russland, Japan und Indien. Diese Akteure würden künftig versuchen, sich gegenseitig auszubalancieren. Neu sei eine solche Entwicklung gleichwohl nicht.



Bereits Otto von Bismarck habe festgestellt, dass es Prozesse des gegenseitigen Machtausgleichs in der Geschichte schon immer gegeben habe. Sommer wies deshalb auch darauf hin, dass Multipolarität nicht von vornherein als etwas Schlechtes zu qualifizieren sei.

Im weiteren Verlauf der Rede wurde dann die jeweilige politische Lage der genannten Mächte kurz skizziert. Die USA hätten im Laufe des Irak-Krieges eingesehen, dass sie auf die Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten angewiesen seien. Dies habe dazu geführt, dass die Arroganz der Macht abnehme und sich die Stimmen der Vernunft wieder mehrten. Sommer ging davon aus, dass sich die USA früher oder später aus dem Irak zurückziehen. Dem würde vermutlich eine Phase der außenpolitischen Zurückhaltung folgen, aus der sich jedoch kein neuer Isolationismus ergeben werde.

Die EU befinde sich nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages in einer Krise. Aus dieser werde sie auch Bundeskanzlerin Angela Merkel als gegenwärtige Ratspräsidentin nicht herausführen, da ihr derzeit in Europa schlicht verlässliche Partner fehlten. Sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich und Italien seien die Regierungschefs entweder politisch angeschlagen oder würden vor der Ablösung stehen. Blicke man auf die gegenwärtige Lage des Kontinents, sei Anlass zu Pessimismus geboten. Ganz anders sei dies bei Berücksichtigung der vergangenen 50 Jahre, in denen die Europäer beachtliche Erfolge wie die Schaffung einer gemeinsamen Währung vorweisen könnten. Sommer hob die Bedeutung funktionierender transatlantischer Beziehungen hervor, warnte allerdings davor, dass ein amerikanischer Krieg gegen den Iran den Graben zwischen der EU und den USA neu aufreißen würde. Mehr noch: Es sei zu vermuten, dass ein solcher Konflikt zu dauerhaften Zerrüttungen zwischen Washington und Brüssel führen werde.

Russland befinde sich in der tiefsten Transformationsphase seit Zar Peter dem Großen. Die "gelenkte Demokratie" Putins sei dabei im gegenwärtigen Zustand weit entfernt von einer "lupenreinen Demokratie". Vermutlich müssten noch Generationen vergehen, bis erkennbar werde, wohin Moskau steuere. Fest stehe gegenwärtig allerdings, dass Russland auf seinen Weltrang poche. Die Einnahmen aus dem Geschäft mit Erdöl und Erdgas würden Moskau neues Selbstbewusstsein verleihen.



China blicke auf eine Geschichte zurück, in der es entweder herrschte oder beherrscht wurde. In 20 Jahren werde das Land zur größten Ökonomie der Erde aufgestiegen sein. Auch in diesem Falle sei unklar, ob das Reich der Mitte zu einem verträglichen oder auftrumpfenden Akteur der Weltpolitik werde.

Ein wieder erstarkter Patriotismus deute auf entsprechende Ambitionen hin. Gleichwohl stehe China vor erheblichen ökologischen und demographischen Herausforderungen, die sich auf seinen Aufstieg auswirken könnten. Auch gelte es, den zunehmenden Bedarf an Energieträgern zu decken. Die größte sicherheitspolitische Bedrohung sieht Sommer in einer möglichen Eskalation der Beziehungen zwischen Peking und Taipeh: Sollte sich Taiwan für unabhängig erklären, sei eine militärische Antwort Chinas garantiert.

Indien sei eine "Wirtschaftsmacht auf dem Sprung". Wie China habe es mittlerweile eine Mittelschicht von 300 Millionen Einwohnern. Daraus leite Indien seinen Anspruch auf einen Platz an der Sonne ab und entwickle einen "weltpolitischen Ehrgeiz". Es gebe jedoch auch große Probleme: Im Gegensatz zu China habe das Land kein Überalterungsproblem, sondern ein Problem der Jugendlichkeit, das die Regierung zwingt, ständig neue Arbeitsplätze zu schaffen. Groß sei zudem die Armut: 500 Millionen Inder würden von weniger als einem US-Dollar am Tag leben.

Japan befinde sich seit Jahren in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Hinzu komme eine schwindende machtpolitische Bedeutung Nippons angesichts des Aufstieges des Reiches der Mitte. Nicht zu unterschätzen sei gleichwohl der erwachende Nationalismus. Sollte Nordkorea zudem zu einer Atommacht werden, sei damit zu rechnen, dass sich auch Japan Nuklearwaffen zulegen werde. Technisch sei es dazu in sechs Monaten in der Lage.

Nach weiteren Ausführungen, die u.a. den Themen Nahostkonflikt, Terrorismus und Proliferation gewidmet waren, prophezeite Sommer, dass Jahre des Übergangs vor uns liegen würden. Deutschland müsse in dieser Zeit die "Stimme des gesunden Menschenverstandes" sein. Voraussetzung einer erfolgreichen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sei allerdings, dass dieser ein stimmiges Konzept zugrunde gelegt werde.

Der Festvortrag, der wie in den Jahren zuvor in der Promotionsaula des Bischöflichen Priesterseminars stattfand und von Prof. Dr. Hanns W. Maull moderiert wurde, war 2007 in ein neues Rahmenprogramm eingebettet. Am Freitagnachmittag boten die Alumni von 15.00 bis 17.00 Uhr eine Berufsberatung an. Vor gut 40 Studenten referierten Ingrid Bertram (SWR), Christoph Neßhöver (Handelsblatt), Max-Christian Lange (Capgemini) und Martin-O. Weinert (Friedrich-Ebert-Stiftung) über ihre Erfahrungen in der Arbeitswelt.



Im Anschluss an den Festvortrag fand die Verleihung eines Preises für die beste politikwissenschaftliche Magisterarbeit des Jahres 2006 statt. Ausgezeichnet wurde Lotte Frach, die ihre Abschlussarbeit bei Prof. Dr. Sebastian Heilmann geschrieben und folgendes Thema untersucht hatte: "Konvergenz der politischen Gestaltung von Finanzmärkten? Die deutsche Allfinanzaufsicht 'Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen' (BaFin) im Vergleich mit der britischen 'Financial Services Authority'". Der Förderpreis ist mit 500 € dotiert. Das Auswahlkomitee, dem sechs Magisterarbeiten vorlagen, wurde von Dr. Theo Sommer geleitet.



Am folgenden Samstag fanden dann drei Vorträge Trierer Alumni statt, die von Christoph Neßhöver moderiert wurden. Stephanie Ringel vom Ringier-Verlag berichtete über ihre Erfahrungen, sich auf dem Schweizer Arbeitsmarkt durchzusetzen.

In einer sehr persönlich gehaltenen Präsentation machte sie deutlich, dass zunächst Mentalitätsunterschiede den Einstieg für Deutsche in die dortige Berufswelt erschwerten. Von Vorteil sei hingegen, dass der Arbeitsmarkt im südlichen Nachbarland weitaus durchlässiger sei als jener Deutschlands. Erstaunen löste Frau Ringel mit einem weiteren Erlebnisbericht aus: In der Schweiz gebe es zunehmende Vorbehalte gegenüber deutschen Einwanderern (24.700 in 2006), die Formen von Fremdenfeindlichkeit annehmen würden. Frau Ringel arbeitet mittlerweile für den "Sonntags Blick Sie+Er". Ihr Vortrag "Leben und arbeiten in der Schweiz" machte sehr deutlich, dass letztlich Durchhaltewille und Ideenreichtum dazu beitragen, allen Schwierigkeiten zum Trotz im gewünschten Berufsfeld tätig zu werden.



Die zweite Präsentation war von Michael Sander, Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, vorbereitet worden. In einer inhaltlich sehr ausgewogenen Untersuchung zum Thema "Erpressung oder Sachzwang? Russlands Energiepolitik und die EU" wies er darauf hin, dass die europäische Staatenorganisation 25 % ihres Erdöls vom großen Nachbarn im Osten beziehe.

Es bestehe folglich eine Abhängigkeit, an der sich auch in Zukunft nichts ändern werde. Sander machte allerdings deutlich, dass sich nicht nur Moskau in einer Position befinden würde, aus der es Druck ausüben könnte. Russland hänge stark von seinen Exporten in die EU ab. Hinzu komme, dass es seine Transportwege für Energieträger nur schwer diversifizieren könne. Daraus schlussfolgerte der auch an der Universität Trier lehrende Referent: "Energiepolitische Kompetenzen [der EU] müssen stärker vergemeinschaftet werden, um die optimale Ausnutzung der starken Nachfrageposition zu gewährleisten." Der hoch aktuelle Beitrag löste eine spannende Diskussion aus.



Für den abschließenden Vortrag zum Thema "'Sarko' oder 'Ségo'? Frankreich vor der Präsidentschaftswahl" konnte einer der "Altmeister" der Trierer Politikwissenschaft, Prof. Dr. Adolf Kimmel, gewonnen werden. In dem ebenfalls sehr aktuellen Beitrag erklärte der Referent zunächst, warum Ségolène Royal Kandidatin der Sozialisten geworden sei.

Ein "neues Gesicht", das Argument der bisherigen schlechten Repräsentation von Frauen in Führungsämtern sowie Erfahrungen als Regionalpräsidentin hätten den Ausschlag gegeben. Prof. Kimmel geht davon aus, dass es Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy in die Stichwahl am 6. Mai 2007 schaffen werden. Beide müssten dann versuchen, den linken ("Sego") bzw.

rechten ("Sarko") Flügel des Wählerspektrums einzubinden und sich als Kandidaten der Mitte durchzusetzen. Nach mehreren Patzern Royals, u.a. in Anmerkungen zur französischen Außenpolitik, dürfte Sarkozy die besseren Erfolgschancen haben. Ansonsten gelte: Die "Königswahl" werde in Frankreich von der Nationalversammlung durchgeführt, wohingegen die Macht des Präsidenten letztlich begrenzt bleibe. So habe er z.B. gegenüber der Verabschiedung von Gesetzen kein Veto-Recht. Prof. Kimmel zeigte während seines Vortrages, dass die Güte eines Referates nicht von der neuesten PowerPoint-Software abhängt: Ohne technische Hilfsmittel und vorbereitete Stichwortzettel lieferte er eine nahezu druckreife Analyse zur anstehenden Präsidentschaftswahl in Frankreich.